

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 15. August 1968

Nummer 33

Zur Lohnkostenentwicklung in den USA

Die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten war im Jahre 1967 und vor allem im bisherigen Verlauf des Jahres 1968 durch stärkere Preissteigerungen gekennzeichnet. Gemessen am Deflationierungsfaktor des Bruttosozialprodukts erhöhte sich das Preisniveau von Anfang 1967 auf Mitte 1968 saisonbereinigt um 4,5 vH. Wird nur die Preisentwicklung im privaten Bereich erfaßt, d. h. bleiben der öffentliche Verbrauch und die öffentlichen Investitionen außer acht, so ist der Preisauftrieb zwar nicht ganz so ausgeprägt; dennoch ging mit dieser Entwicklung den USA ein gut Teil der Wettbewerbsvorteile verloren, die sie sich zu Beginn der sechziger Jahre erworben hatten, als sie sich bei kontinuierlichem, kräftigem Wachstum relativer Preisstabilität erfreuten.

Die Interdependenz von Nachfrage- und Kosteninflation und der Einfluß der „administered prices“ sind von der Theorie weitgehend durchleuchtet. Im konkreten Fall allerdings gehen die Urteile zumeist darüber auseinander, ob die Ursache für Preissteigerungen in einer zu starken Expansion der Nachfrage zu suchen ist, ob Kostensteigerungen den Anstoß gegeben haben, oder ob nicht vielmehr der institutionell gesetzte Datenkranz zu Preiserhöhungen veranlaßt hat. Dennoch, oder auch gerade deshalb, ist es instruktiv, sich — ohne die Frage nach der auslösenden Ursache zu stellen — einen Überblick über den Preistrend in den USA und die ihn begleitenden Faktoren zu verschaffen.

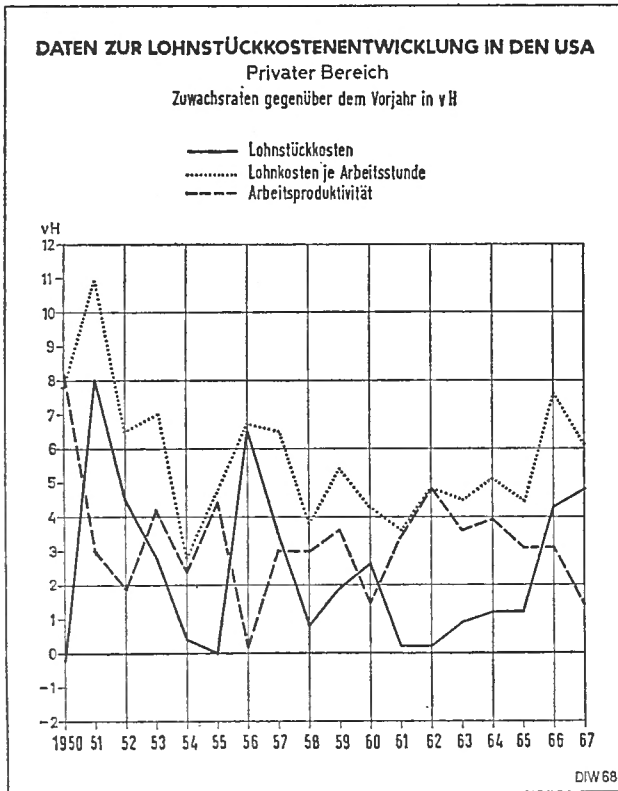
Eine Gegenüberstellung des Deflationierungsfaktors des Bruttosozialprodukts und der Lohnstückkosten¹ in den Vereinigten Staaten — beide Größen

bezogen auf den privaten Sektor — zeigt, daß sich die Preisveränderungen in den Jahren von 1950 bis 1967 in der Regel nicht sehr weit von der durch die Entwicklung der Lohnstückkosten gesetzten Tendenz entfernt haben; sie schwankten in einem unregelmäßigen Zyklus um diesen Pfad. In dem gesamten Zeitraum sind die Lohnstückkosten um durchschnittlich jährlich 2,6 vH und die Deflationierungsrate im privaten Bereich um 2,0 vH gestiegen. Das Bild verändert sich graduell, werden die Lohnstückkosten im privaten Sektor mit dem Deflationierungsfaktor für das Bruttosozialprodukt insgesamt oder den Lebenshaltungskosten verglichen: der überproportionale Anstieg der Lohnstückkosten fällt im Vergleich zum Deflationierungsfaktor insgesamt (+ 2,3 vH) geringer, im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten stärker aus (+ 1,9 vH). Verglichen mit den Großhandelspreisen — gleichgültig, ob die Preisentwicklung insgesamt oder nach Warengruppen betrachtet wird — läßt sich ein beträchtliches Zurückbleiben der Güterpreise (insgesamt + 1,2 vH) erkennen; diese Divergenz spiegelt eindrucksvoll die überproportionale Verteuerung der Dienstleistungen wider.

Da die Lohnstückkosten die gesamte Preisentwicklung einer Volkswirtschaft entscheidend beeinflussen, liegt es nahe, ihren Bestimmungsgründen nachzugehen. Sie finden sich in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität² und der Lohnkosten je Ar-

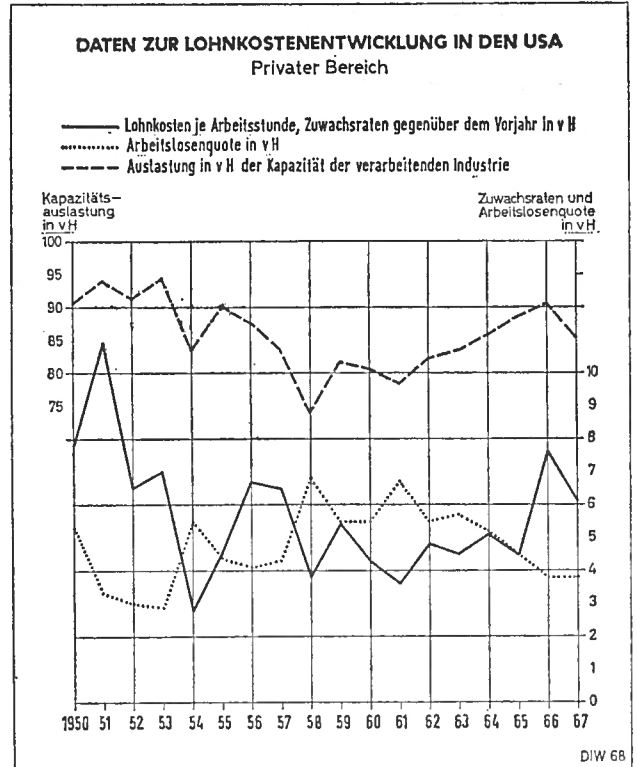
¹ Im privaten Bereich gezahlte Lohnkosten (einschl. aller Sonderleistungen) dividiert durch das im privaten Bereich erwirtschaftete Bruttosozialprodukt zu Preisen des Jahres 1958.

² Beitrag des privaten Bereichs zum Bruttosozialprodukt zu konstanten Preisen von 1958 bezogen auf die in diesem Bereich geleisteten Arbeitsstunden.



beitsstunde³. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung der Lohnstückkosten von 2,6 vH ein durchschnittlicher jährlicher Fortschritt der Produktivität von 3,0 vH und eine durchschnittliche jährliche Erhöhung der Lohnkosten je Arbeitsstunde von 5,6 vH gegenüberstand. Die zusätzlichen Lohnkosten je Arbeitsstunde waren also zu hoch, als daß sie durch die realisierten Produktivitätsfortschritte hätten ausgeglichen werden können; das wäre nötig gewesen, wenn Lohnstückkostensteigerungen hätten vermieden werden sollen. Dabei waren in den einzelnen Jahren unter dem Einfluß von Konjunkturschwankungen beträchtliche Ausschläge sowohl bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität als auch der Lohnkosten je Arbeitsstunde zu vermerken: Die Veränderungsraten der Arbeitsproduktivität schwankten zwischen 0,2 vH bzw. 8,2 vH mit einer Häufung der Werte zwischen 3,0 und 4,5 vH; die Extremwerte der jährlichen Lohnkostensteigerungen lagen bei 2,8 vH bzw. 10,9 vH, als typisch können Werte zwischen 4,5 vH und 7,0 vH angesehen werden.

In den hier betrachteten fast zwei Jahrzehnten gab es nur eine Periode einer anhaltend günstigen Entwicklung der Lohnstückkosten, nämlich die Jahre von 1961 bis 1965. Produktivitätsfortschritte von 3,1 vH bis 4,8 vH jährlich fielen in diesen Jahren



mit Lohnkostensteigerungen etwa gleichen Ausmaßes zusammen, die von 1962 bis 1965 ein relativ stetiges reales Wachstum erlaubten.

Arbeitsproduktivität und Lohnkosten je Arbeitsstunde als bestimmende Faktoren für die Entwicklung der Lohnstückkosten sollen in einem weiteren Schritt auf ihren Verlauf in der Zeit seit 1950 untersucht werden. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität läßt sich aus den Veränderungen der Kapitalintensität⁴ und der Kapitalproduktivität⁵ erklären.

Die Kapitalintensität hat in dem betrachteten Zeitraum um durchschnittlich jährlich 2,7 vH, also etwas langsamer als die Arbeitsproduktivität mit 3,0 vH, zugenommen; gleichzeitig hat sich die Kapitalproduktivität leicht, um durchschnittlich jährlich 0,3 vH, erhöht. Die Auswirkungen der Kapitalintensivierung einerseits, des technischen Wandels andererseits auf die Entwicklung der Kapitalproduktivität haben sich somit etwa die Waage gehalten.

Die kurzfristigen Veränderungen der Kapitalproduktivität — sie sind teilweise außerordentlich stark — spiegeln dagegen fast ausschließlich Auslastungsschwankungen des Kapitalbestandes wider; sie sind Ausdruck einer unsteten Entwicklung der

³ Lohnkosten (vgl. Anm. 1) bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden im privaten Bereich.

⁴ Reales Anlagevermögen des privaten Bereichs (ohne Wohnungsbau) je geleistete Arbeitsstunde.

⁵ Output je Einheit reales Anlagevermögen des privaten Bereichs (ohne Wohnungsbau).

Daten zur Lohnkostenentwicklung in den USA

Zeit	Zuwachsraten im privaten Bereich des Bruttosozialprodukts gegenüber dem Vorjahr in vH						Auslastungsgrad in vH der Kapazität in der verarbeit. Industrie	Arbeitslose in vH der zivilen Erwerbspersonen
	Deflationierungsfaktor	Lohnstückkosten	Arbeitsproduktivität	Lohnkosten je Arbeitsstunde	Kapitalintensität	Kapitalproduktivität		
1950	1,0	—0,2	8,2	7,8	1,9	6,0	90,4	5,3
1951	7,5	8,0	3,0	10,9	0,9	2,1	94,0	3,3
1952	1,7	4,5	1,9	6,5	2,9	—0,9	91,3	3,0
1953	0,7	2,8	4,2	7,0	2,6	1,5	94,2	2,9
1954	1,3	0,4	2,4	2,8	7,0	—4,3	83,5	5,5
1955	0,8	±0	4,4	4,5	—0,2	4,6	90,0	4,4
1956	3,2	6,5	0,2	6,7	2,3	—2,1	87,7	4,1
1957	3,6	3,5	3,0	6,5	5,2	—2,2	83,6	4,3
1958	2,1	0,8	3,0	3,8	6,9	—3,6	74,0	6,8
1959	1,4	1,9	3,6	5,4	—0,7	4,3	81,5	5,5
1960	1,4	2,6	1,5	4,3	2,0	—0,4	80,6	5,5
1961	0,8	0,2	3,4	3,6	4,1	—0,7	78,5	6,7
1962	0,9	0,2	4,8	4,8	0,9	3,8	82,1	5,5
1963	0,3	0,9	3,6	4,5	2,3	1,2	83,3	5,7
1964	1,9	1,2	3,9	5,1	1,8	2,1	85,7	5,2
1965	1,7	1,2	3,1	4,5	1,2	1,8	88,5	4,5
1966	2,5	4,3	3,1	7,6	2,6	0,5	90,5	3,8
1967	2,7	4,8	1,4	6,1	3,6	—2,2	85,1	3,8
φ 1950/67 .	2,0	2,6	3,0	5,6	2,7	0,3	—	—

Quellen: Economic Report of the President, Feb. 1968; Survey of Current Business, Dez. 1967; Berechnungen des DIW.

effektiven Nachfrage. Die Veränderungen der Kapitalintensität sind kaum minder ausgeprägt; sie erklären sich einmal aus den Auslastungsschwankungen, zum anderen aus der jeweiligen Investitionsintensität, d. h. dem Investitionsaufwand je Arbeitsstunde. Da auch der Investitionsaufwand von den Gewinn- und Absatzerwartungen der Unternehmer abhängt — obwohl die nationale und internationale Konkurrenz auch da zur Anwendung moderner Produktionsmethoden zwingt, wo noch Kapazitätsreserven vorhanden sind — spielt die Änderung der Gesamtnachfrage eine entscheidende Rolle bei dem unsteten Verlauf der Arbeitsproduktivität und damit der Lohnstückkosten und der Preise.

Die Steigerung der Lohnkosten je Arbeitsstunde in einer Volkswirtschaft mit technischem Fortschritt ist unter längerfristigen Aspekten eine Notwendigkeit; sie allein kann — bei nach unten starrem Preisniveau und nur allmählichem Abbau der Arbeitszeit — gewährleisten, daß die zusätzliche Nachfrage entfaltet wird, die die zusätzlich produzierten Güter aufnimmt. So sind denn auch trotz konjunktureller Einbrüche die Lohnkosten je Arbeitsstunde in den USA von Jahr zu Jahr gestiegen. Entscheidend für die kurzfristige Entwicklung der Lohnkosten je Arbeitsstunde sind neben Faktoren wie Gewerkschaftstaktik, Gewinnsituation vor allem — das statistische Material für die Vereinigten Staaten unterstreicht dies erneut — die Veränderungen der Endnachfrage und damit verbunden der Nachfrage nach Arbeitskräften.

Eine steigende Auslastung der Ressourcen, hier des industriellen Anlagevermögens und der Arbeitskräfte, zog in den Jahren seit 1950 in der Regel beschleunigt steigende Lohnkosten je Arbeitsstunde nach sich (Ausnahme 1963). Diese Aussage bedarf jedoch einer wichtigen Ergänzung. Ausschlaggebend für die Entwicklung der Lohnkosten war weniger das Niveau der Auslastung der Ressourcen, etwa die Arbeitslosenquote oder der Ausnutzungsgrad des Anlagevermögens, sondern seine Veränderung. So ließ 1953/1954 ein Rückgang der Kapazitätsauslastung von 94,2 auf 83,5 vH und eine Erhöhung der Arbeitslosenquote von 2,9 auf 5,5 vH die Steigerungsrate der Lohnkosten je Arbeitsstunde von 7,0 auf 2,8 vH zurückgehen, während umgekehrt 1961/1962 eine Verbesserung der Kapazitätsauslastung von 78,5 auf 82,1 vH und der Abbau der Arbeitslosenquote von 6,7 auf 5,5 vH den Zuwachs der Lohnkosten je Arbeitsstunde von 3,6 auf 4,8 vH erhöhte. Demnach ist gleiche Auslastung der Ressourcen mit verschieden starken Lohnkostensteigerungen je Arbeitsstunde durchaus vereinbar.

Die Zahlen veranschaulichen, daß letztendlich die für die Lohnstückkosten makroökonomisch relevanten Faktoren heftigen Schwankungen unterworfen waren, die sich ungünstig auf ihre Entwicklung ausgewirkt haben. Wenn die Wirtschaftspolitik diese Ausschläge einengen will, so wird sie es sich zur Aufgabe machen müssen, das konjunkturpolitische Instrumentarium flexibler als bisher einzusetzen, um steuernd und nicht nur korrigierend auf den Wirtschaftsablauf einzuwirken.

Strukturelle Veränderungen am westdeutschen Arbeitsmarkt

Erstmals seit der Jahreswende 1966/67 gab es in der Bundesrepublik Ende April 1968 wieder weniger Arbeitslose (331 000) als offene Stellen (443 000). Bis zur Jahresmitte stieg die Zahl der unbesetzten Arbeitsplätze weiter auf 548 000, bis Ende Juli auf 587 000, während die Arbeitslosenzahl weiter abnahm (Ende Juni: 227 000, Ende Juli: 203 000) und damit bereits um 175 000 unter dem Vorjahresstand liegt; sie ist allerdings noch doppelt so hoch wie vor zwei Jahren. Auch saisonbereinigt läßt die Entwicklung des Stellenangebots in den letzten Monaten eine beträchtliche Zunahme der unbefriedigten Nachfrage nach Arbeitskräften erkennen. Dagegen hat sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit saisonbereinigt neuerdings etwas verlangsamt — ein Zeichen für die wachsenden Divergenzen von Angebots- und Nachfragestruktur. In der regionalen und beruflichen Verteilung der Arbeitslosen sind in den letzten Jahren Veränderungen eingetreten, die eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf das Niveau vor der Rezession erschweren.

Regionale Entwicklung

Ein Vergleich der Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Ende Juni 1966, 1967 und 1968 nach

Landesarbeitsamtsbezirken zeigt, daß die Rezession des Jahres 1967 unterschiedliche Spuren hinterlassen hat. In den von der Strukturkrise des Steinkohlenbergbaus betroffenen Bundesländern sowie in den Zonenrandgebieten hat sich die Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit nicht mit der gleichen Intensität wie in den übrigen Gebieten durchgesetzt. Die Arbeitslosenquoten (Zahl der Arbeitslosen auf 100 Arbeitnehmer) sind in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz-Saarland und Niedersachsen-Bremen gegenüber 1966 stärker als im Bundesdurchschnitt gewachsen; dies kommt auch in einem gegenüber 1966 höheren Anteil der Arbeitslosen dieser Länder an der Gesamtzahl des Bundesgebiets zum Ausdruck.

Die durch die Zahl der offenen Stellen repräsentierte ungedeckte Nachfrage nach Arbeitskräften war Ende Juni 1968 insgesamt nur noch um 12 vH geringer als vor zwei Jahren. In diesem Zeitraum hat sich auch die Regionalstruktur des Stellenangebots verändert, jedoch nicht — wie zu vermuten gewesen wäre — durchweg entgegengesetzt zu den Verschiebungen der regionalen Arbeitslosenstruktur. In Nordrhein-Westfalen war der Anteil der

Arbeitslose und offene Stellen in der Bundesrepublik nach Landesarbeitsamtsbezirken
Stand jeweils Ende Juni

Landesarbeitsamtsbezirk	Arbeitslose						Offene Stellen				
	in 1000			1966 = 100			in 1000			1966 = 100	
	1966	1967	1968	1967	1968		1966	1967	1968	1967	1968
Männer											
Schleswig-Holstein-Hamburg	5,0	17,3	9,5	348	191		25,9	10,6	17,2	41	67
Niedersachsen-Bremen	10,7	46,8	24,7	439	232		39,8	15,5	29,1	39	73
Nordrhein-Westfalen	27,3	106,8	65,3	391	239		99,2	39,6	85,5	40	86
Hessen	6,1	19,4	9,1	317	149		31,5	14,0	27,3	44	87
Rheinland-Pfalz-Saarland	5,1	29,3	17,0	577	334		17,0	6,3	12,6	37	74
Baden-Württemberg	2,7	13,0	5,0	482	184		53,3	28,8	60,4	54	113
Nordbayern	6,0	24,5	10,6	412	178		22,1	8,3	17,9	38	81
Südbayern	4,2	15,7	8,0	377	192		27,1	15,7	26,7	58	99
Berlin (West)	3,2	6,8	4,2	211	132		12,3	8,1	13,0	66	105
Bundesgebiet	70,2	279,6	153,4	398	219		328,3	147,0	289,8	45	88
Frauen											
Schleswig-Holstein-Hamburg	2,4	7,1	5,6	300	237		26,1	16,4	20,5	63	79
Niedersachsen-Bremen	5,7	18,6	13,9	323	242		31,5	19,3	26,0	61	83
Nordrhein-Westfalen	8,1	30,1	19,1	370	235		72,5	48,2	66,0	67	91
Hessen	2,0	9,1	5,2	449	259		29,4	17,7	24,9	60	85
Rheinland-Pfalz-Saarland	2,0	8,6	5,5	431	279		13,3	7,9	12,2	59	92
Baden-Württemberg	1,1	8,6	3,2	780	289		51,4	31,1	48,7	60	95
Nordbayern	3,5	19,1	9,1	544	260		24,3	10,9	19,6	45	81
Südbayern	3,6	12,9	7,8	356	216		31,2	19,0	26,7	61	86
Berlin (West)	2,1	7,3	3,6	352	174		13,3	8,3	13,7	62	103
Bundesgebiet	30,5	121,2	73,1	397	240		293,0	178,7	258,4	61	88

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

offenen Stellen an der Gesamtzahl im Bundesgebiet — trotz der Krise im Steinkohlenbergbau — Ende Juni 1968 ebenso hoch wie zwei Jahre zuvor. In Baden-Württemberg, wo sich der Arbeitslosenanteil gegenüber Mitte 1966 insgesamt kaum verändert, bei den Frauen sogar erhöht hat, ist der Anteil an offenen Stellen kräftig gestiegen. Dagegen war in Schleswig-Holstein, bei verringertem Anteil an Arbeitslosen, die Zahl der offenen Stellen Mitte 1968 nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtzahl des Bundesgebiets geringer als vor zwei Jahren.

Im allgemeinen waren die männlichen Arbeitskräfte von den Auswirkungen der Rezession stärker betroffen als die weiblichen. So hatte die Zahl der männlichen Arbeitslosen mit Ausnahme von Baden-Württemberg und West-Berlin Mitte 1967 die Zahl der offenen Stellen meist um ein Mehrfaches überschritten. Dagegen gab es bei den Frauen zur gleichen Zeit nur in Rheinland-Pfalz-Saarland und Nordbayern mehr Arbeitslose als offene Stellen. Mitte 1968 übertraf die Arbeitslosenzahl nur noch bei den Männern in Rheinland-Pfalz-Saarland die Zahl der offenen Stellen.

Arbeitslose auf 100 offene Stellen
in den Landesarbeitsamtsbezirken jeweils Ende Juni

Landesarbeitsamtsbezirk	Männer			Frauen		
	1966	1967	1968	1966	1967	1968
Schleswig-Holstein-Hamburg	19	162	55	9	43	27
Niedersachsen-Bremen . . .	27	303	85	18	96	54
Nordrhein-Westfalen	28	269	76	11	62	29
Hessen	19	139	33	7	51	21
Rheinland-Pfalz-Saarland . .	30	469	135	15	109	45
Baden-Württemberg	5	45	8	2	28	6
Nordbayern	27	294	59	14	175	47
Südbayern	15	100	30	12	68	29
Berlin (West)	26	83	33	16	88	26
Bundesgebiet	21	190	53	10	68	28

Die regionalen Unterschiede in dem Verhältnis von Arbeitsangebot und -nachfrage sind jedoch im Vergleich zu 1966 erheblich größer geworden: Bei einem Durchschnitt von 16 Arbeitslosen auf 100 offene Stellen schwankte die Relation Mitte 1966 in den einzelnen Landesarbeitsamtsbezirken zwischen 4 in Baden-Württemberg und 23 in Niedersachsen-Bremen sowie Rheinland-Pfalz-Saarland; Mitte 1968 dagegen lagen die Werte zwischen 7 in Baden-Württemberg und 91 in Rheinland-Pfalz-Saarland, bei einem Bundesdurchschnitt von 41.

Trotz strukturbedingter Schwierigkeiten auf einigen Teilarbeitsmärkten ist, im Gegensatz zum Vorjahr, nunmehr wieder in allen Landesarbeitsamtsbezirken die ungedeckte Nachfrage nach Ar-

beitskräften größer als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Die Gegenüberstellung der Zahlen von Arbeitslosen und offenen Stellen in den Bundesländern weist zwar auf die vergrößerten regionalen Unterschiede der Arbeitsmarktlage hin, sie läßt jedoch die Belastung einzelner Gebiete innerhalb der Landesarbeitsamtsbezirke nicht erkennen. Verdeutlicht wird das Bild durch einen Vergleich der Arbeitslosenquoten einzelner Arbeitsamtsbezirke. Während diese (nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung) Mitte 1968 — bei einem Bundesdurchschnitt von 1 vH — in keinem Landesarbeitsamtsbezirk über 1,5 vH hinausgingen, betrugen sie in einigen strukturell benachteiligten Randbezirken Bayerns und Niedersachsens sowie in Bezirken mit Steinkohlenbergbau 4 bis 5 vH.

Berufliche Entwicklung

Wie in den verschiedenen Regionen haben sich die Relationen von Arbeitsangebot und -nachfrage auch bei den einzelnen Berufsgruppen im Vergleich zu der Zeit vor der Rezession verschoben. Für die Analyse nach Berufsgruppen stehen zur Zeit nur die Daten von Ende Mai 1968 zur Verfügung. Während Ende Mai 1967 die Gesamtzahl der Arbeitslosen mehr als viermal so hoch wie zum gleichen Zeitpunkt 1966 war, betrug sie Ende Mai 1968 immer noch das Zweieinhalbfache des Standes von 1966. Überdurchschnittlich hoch — gemessen an dem Stand von Ende Mai 1966 — war die Arbeitslosigkeit Ende Mai 1968 vor allem noch bei den Bergarbeitern sowie bei den Handelsberufen.

Ende Mai 1968 waren in den industriellen Berufen noch zwei- bis dreimal so viele Arbeitslose registriert wie vor zwei Jahren, die Zahl der offenen Stellen lag in den meisten Berufsgruppen dagegen nur noch weniger als 20 vH unter dem Stand von Ende Mai 1966; bei den Metallarbeitern war dieser Stand bereits nahezu wieder erreicht. Das Verhältnis der Arbeitslosenzahl zu 100 offenen Stellen bewegte sich bei den industriellen Berufen Ende Mai 1968 zwischen 30 und 50. Mehr Arbeitslose als offene Stellen — und zwar mehr als doppelt so viele — gab es nur noch bei den ungelernten Hilfskräften.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Die mangelnde Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt hat bewirkt, daß in diesem Jahr wieder eine größere Zahl von ausländischen Arbeitskräften in die Bundesrepublik vermittelt wurde. So überschritt die

Arbeitslose und offene Stellen in der Bundesrepublik nach Berufsgruppen

Stand jeweils Ende Mai

Berufsgruppen	Arbeitslose					Offene Stellen				
	in 1000			1966 — 100		in 1000			1966 — 100	
	1966	1967	1968	1967	1968	1966	1967	1968	1967	1968
Insgesamt	107,7	458,5	264,7	426	246	607,5	308,6	499,4	51	82
darunter:										
Landwirtschaftliche Berufe	1,6	5,1	3,3	307	201	9,4	5,4	6,8	57	72
Bergleute, Mineralgewinner und -aufbereiter	0,7	6,8	2,1	1042	329	6,6	1,0	3,2	15	49
Steinbearbeiter, Keramiker, Glasmacher	0,9	6,2	2,5	712	294	7,0	2,1	5,6	30	80
Bauberufe	4,6	41,0	13,2	896	289	50,8	24,8	47,7	49	94
Metallerzeuger und -bearbeiter	7,8	41,8	18,4	537	236	46,1	12,2	45,4	27	99
Schmiede, Schlosser, Mechaniker	5,8	35,3	14,8	610	255	53,1	17,9	35,8	34	67
Elektriker	2,3	14,7	5,7	636	246	22,5	7,4	18,6	33	83
Chemiearbeiter	1,3	5,6	2,9	430	225	7,4	2,4	5,9	32	79
Holzverarbeiter	1,5	7,7	4,1	508	269	13,7	7,2	11,0	52	81
Textilhersteller und -verarbeiter	4,0	26,8	10,7	667	267	42,9	14,8	31,1	34	72
Lederhersteller und -verarbeiter	1,2	6,7	2,8	546	225	7,0	3,0	6,1	42	86
Nahrungs- und Genußmittelhersteller	3,5	11,5	8,1	331	234	29,1	20,1	23,2	69	80
Ungelernte Hilfskräfte	23,6	101,3	59,4	429	252	37,7	11,3	29,4	30	78
Handelsberufe	5,0	17,5	16,3	349	325	32,4	25,5	31,0	79	96
Verkehrsberufe	5,0	21,6	11,9	485	239	22,9	9,6	14,7	42	64
Verwaltungs- und Büroberufe	12,4	28,0	25,4	226	205	73,0	45,4	61,4	62	84

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Ausländer Mitte dieses Jahres erneut die Millionen-grenze.

Einer Verminderung der regionalen und beruflichen Diskrepanzen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt dienen u. a. weiterhin bildungspolitische Maßnahmen, wie Schulungs- und Umschulungskurse sowie Ausbildungsbeihilfen¹.

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten sollen insbesondere auch im Rahmen des geplanten Struktur-förderungsprogramms für das Ruhr- und Saargebiet sowie für die Zonenrandgebiete durch Erschließung von Industriegelände geschaffen werden. Der Erfolg

dieser Maßnahmen wird mit davon abhängen, inwieweit die jetzt noch Arbeitslosen bereit sind, die gebotenen Möglichkeiten zur Erhöhung ihrer regionalen und beruflichen Mobilität zu nutzen, und inwieweit sich die Arbeitgeber zur Neugründung von Betrieben in den wirtschaftlich benachteiligten Gebieten bereit finden.

¹ Die Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser, die den erhöhten Anforderungen infolge der rasch fortschreitenden technischen Entwicklung häufig nicht gewachsen und deshalb besonders schwer zu vermitteln sind, hat sich die im Frühjahr 1968 in Essen gegründete „Arbeitsförderungs-Betriebe GmbH“ zum Ziel gesetzt. Die Gesellschaft unterhält Werkstätten und Betriebe, in denen vorwiegend ältere Arbeitnehmer beschäftigt werden sollen, solange sie nicht in ein anderes Arbeitsverhältnis vermittelt werden können. Vgl. hierzu: Bundesarbeitsblatt, 1968, Nr. 13/14: „Betriebe für ältere arbeitslose Arbeitnehmer“, von R. Schmidt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel. 76 10 33 — telex 0183247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt, Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Für den Inhalt verantwortlich: das Kollegium der Abteilungsleiter, Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43
Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,— Einzelnummer DM 1,—

— Hierzu 1 Zahlenbeilage —



Gegenstand*)	Einheit†)	1967										1968					
		Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni		
Kredite an Nichtbanken																	
Zentralbanksystem	Mill.DM	E	3770	4230	4153	3984	3997	5132	6039	7136	4863	5306	5159	5069	5120	5298	
Kreditbanken	"	"	78301,4	79817,0	79791,7	80450,0	81754,2	81087,5	82245,4	85791,3	84332,5	84976,6	86385,3	86918,5	88773,2	.	
an Wirtschaft und Private	"	"	64258,8	65665,3	65373,1	65898,2	67003,1	66288,2	66629,9	69765,3	67653,0	68212,7	69234,1	69179,8	70177,0	.	
kurzfristige Kredite	vH	"	59,3	59,8	59,8	59,5	60,1	59,2	59,0	60,0	58,7	58,7	58,5	58,1	58,1	.	
dar. Wechselkredite	"	"	23,9	24,2	24,3	24,4	24,4	24,5	24,9	27,0	25,9	25,5	24,9	25,2	25,6	.	
mittelfristige Kredite	"	"	18,7	18,5	18,1	18,1	17,8	18,0	17,8	17,5	17,6	17,6	17,8	18,0	18,0	.	
langfristige Kredite	"	"	22,0	21,7	22,1	22,4	22,1	22,8	23,2	22,5	23,7	23,7	23,7	23,9	23,9	.	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	3348,7	3413,2	3414,4	3551,0	3588,2	3649,4	3851,7	4035,9	3843,1	4042,0	4313,7	4494,3	4557,0	.	
Wertpap.-u. Konsortialbeteiligung	"	"	10693,9	10738,5	11004,2	11000,8	11162,9	11149,9	11763,8	11990,1	12836,4	12721,9	12837,5	13244,4	14039,2	.	
Übrige Kreditinstitute ¹⁾	"	"	266773,1	269394,4	271186,8	273581,1	276255,3	285593,8	282430,5	285593,8	288376,8	291611,9	294921,8	297112,2	300394,5	.	
an Wirtschaft und Private	"	"	180216,0	181778,5	181921,3	182820,1	184622,1	185565,6	187494,9	189751,1	189591,9	190744,3	192568,1	193651,3	195652,6	.	
kurzfristige Kredite	vH	"	17,6	17,9	17,5	17,2	17,5	17,1	17,1	17,2	16,9	16,9	17,3	17,1	17,1	.	
dar. Wechselkredite	"	"	5,8	5,8	5,6	5,7	5,6	5,5	5,5	5,6	5,4	5,3	5,3	5,3	5,4	.	
mittelfristige Kredite	"	"	9,2	9,2	9,2	9,3	9,3	9,2	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	9,0	9,1	.	
langfristige Kredite	"	"	73,2	72,9	73,3	73,5	73,2	73,7	73,6	73,6	73,1	74,1	73,7	73,9	73,8	.	
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill.DM	"	53128,8	53621,1	54050,0	54447,8	54606,9	55187,8	56213,0	57103,4	58013,7	59142,8	60019,1	60481,5	61075,3	.	
Wertpap.-u. Konsortialbeteiligung	"	"	33428,3	3994,8	35215,5	36313,2	37026,3	37997,6	38722,6	38739,3	40771,2	41724,8	42334,6	42979,4	43666,6	.	
Bargeldumlauf und Bank-einlagen²⁾																	
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute	Mill.DM	E	30034	30861	31189	30643	30943	30224	31524	31412	29750	30548	31022	30603	31589	31868	
Sicht- u. Termineinlagen, ges. ¹¹⁾	"	"	86494	85496	86018	88018	88658	89691	92658	98322	96356	97443	96729	98817	99762	102132	
von Wirtschaft und Privaten	"	"	66746	66464	67259	68303	68035	70602	73514	78265	76413	76139	75103	78334	79432	79112	
Sichteinlagen	vH	"	65,2	65,4	66,0	65,7	66,0	65,4	65,6	65,3	62,6	60,9	61,0	60,8	60,5	61,4	
Termineinlagen	"	"	34,8	34,6	34,0	34,3	34,0	34,6	34,4	34,7	37,4	39,1	39,0	39,2	39,5	38,6	
von deutschen öffentl. Stellen ¹²⁾	Mill.DM	"	19748	19032	18759	19175	20623	19089	19144	20057	19943	21304	21626	20483	20330	23020	
Sichteinlagen bei Kreditinstituten außerhalb d. Zentralbanksystems	vH	"	25,4	28,0	24,8	26,3	25,8	27,9	27,9	32,2	25,1	25,4	24,7	23,4	26,3	26,0	
Sichteinlagen beim ZBS ¹³⁾	"	"	14,8	13,6	16,3	12,9	17,2	12,9	11,4	10,5	16,7	17,9	21,5	19,9	10,7	19,7	
Termineinlagen	"	"	59,8	58,4	58,9	60,8	57,0	61,3	60,7	57,3	58,2	56,7	53,8	56,7	63,0	54,3	
ERP-Sondervermögen	Mill.DM	"	396	431	669	691	523	735	707	298	742	567	483	566	539	348	
Spareinlagen	"	"	132177	133019	133832	134918	135785	137585	138163	143428	146038	148040	149108	150005	150992	151772	
Deutsche Bundesbank																	
Gold und Devisen, gesamt	Mill.DM	E	30629,2	30673,5	30948,8	30933,1	31606,1	31661,5	32430,8	32400,7	31304,7	32519,1	33846,8	33807,1	33503,9	35362,5	
Gold	"	"	16916,9	16907,5	16881,3	16872,4	16872,8	16860,3	16845,2	16646,6	16297,7	16239,4	15623,5	15629,6	15632,3	16990,3	
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	"	12255,6	12033,1	12306,8	12433,3	12901,2	13132,3	13854,3	13800,9	13184,2	14381,3	16098,8	16044,5	15660,6	16011,2	
Sorten, Wechsel, Schecks	"	"	1456,7	1732,9	1760,7	1627,4	1832,1	1668,9	1731,3	1953,2	1822,8	1898,4	2118,5	2133,0	2271,0	2361,0	
Wertpapiermarkt																	
Absatz an festverz. Schuldverschreibungen und Aktien ²⁾	Mill.DM	S	1640,6	1326,9	2398,5	1767,1	1673,5	2047,9	197,6	1638,5	3888,7	2608,8	1706,3	1798,5	1661,2	1590,0	
Pfandbriefe	vH	"	21,8	16,4	16,1	14,8	15,9	20,6	19,3	24,4	19,6	16,8	20,8	21,2	21,3	15,6	
Kommunalobligationen	"	"	30,4	31,5	25,2	36,0	31,1	27,4	27,5	32,1	34,3	34,9	52,3	42,1	39,8	35,4	
Öffentliche Anleihen	"	"	32,8	12,8	49,5	35,2	17,3	25,5	26,1	8,4	31,0	28,7	9,3	25,7	16,2	24,4	
Industrieobligationen	"	"	—	13,2	1,7	—	13,7	4,9	7,6	—	1,3	—	—	—	7,5	0,6	
Aktien	"	"	4,0	10,8	2,6	6,5	9,8	1,7	3,7	19,8	4,5	12,6	3,0	1,4	1,0	10,3	
Kursdurchschnitt ³⁾	31.12.65	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Aktien ⁴⁾	= 100	D	90	89	91	102	105,9	106,8	112,2	114,3	121,1	121,8	121,4	126,7	128,3	131,5	
50/ige Pfandbriefe, steuerfrei	vH	"	114,19	114,20	115,51	115,83	116,03	116,17	116,27	116,53	117,07	117,24	117,78	119,00	120,02	120,52	
60/ige Pfandbriefe, tarifbesteuert	"	"	93,43	92,72	92,09	91,33	91,17	90,81	90,35	90,13	90,29	90,10	90,04	90,55	93,00	93,27	
60/ige Komm.-oblig., tarifbesteuert	"	"	93,03	92,51	91,50	91,07	90,82	90,43	89,94	90,00	90,18	90,25	90,22	90,79	92,95	93,07	
Finanzen																	
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder ⁵⁾	Mill.DM	S	6705,0	10480,3	7126,5	7622,6	10815,6	6905,1	7493,3	12297	7954	6399	10173	6044	6683	11308	
Einkommen- u. Körperschaftst. ⁶⁾	"	"	1945,6	6156,5	2633,3	2334,7	6362,8	2301,4	2101,1	7214	3077	1929	6254	2107	1915	6950	
Lohnsteuer	"	"	1251,7	1312,0	1726,1	1707,8	1797,1	1913,8	1780,9	2152	2275	1502	1221	1321	1365	1631	
Veranlagte Einkommensteuer	"	"	435,6	327,8	503,8	315,0	311,6	233,2	145,8	3375	353	258	3364	438	381	3362	
Körperschaftsteuer	"	"	123,0	1398,5	139,9	65,3	1389,7	62,9	111,8	1634	230	103	1657	201	90	1764	
Umsatzsteuer	"	"	1956,1	1956,5	2121,9	2074,2	2050,7	2114,0	2252,3	2233	2796	1761	1563	1698	1814	1985	
Zölle und Verbrauchsteuer	"	"	1754	1739	1665	2020	1793	1788	1871	2223	1361	1683	1687	1618	1886	1806	
Lastenausgleichsabgaben ⁷⁾	"	"	310,8	24,9	45,0	285,8	25,1	56,7	317,8	51,5	—	—	375	—	—	—	
Außenhandel																	
Einfuhr, insgesamt	Mill.DM	S	5613	6225	5606	5632	5655	6316	6453	6613	6212	6152	6634	6604	6761	6051	
Ausfuhr, insgesamt	"	"	6898	7535	6906	6617	7165	7955	7623	8101	7476	7449	8409	7703	8062	7069	
Saldo ⁸⁾	"	"	+1285	+1310	+1300	+985	+1510	+1639	+1170	+1488	+1264	+1297	+1775	+1099	+1301	+1018	
Einfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	5541	6130	5460	5497	5527	6202	6321	6377	6161	6115	6522	6465	6756	6067	
Ausfuhrvolumen ⁹⁾	"	"	6854	7529	6784	6572	6971	7855	7459	7859	7313	7344	8266	7656	8017	7106	
Terms of Trade ¹⁰⁾	1962-100	D	99,3	98,6	99,1	98,2	100,5	99,5	100,1	99,4	101,4	100,8	100,0	98,4	100,5	99,8	
Einfuhr																	
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill.DM	S	1405	1499	1376	1370	1266	1426	1511	1560	1285	1220	1414	1399	1434	1301	
Rohstoffe	"	"	937	928	901	990	1032	1056	1117	1155	1101	1177	1078	1117	1185	1089	
Halbwaren	"	"	795	967	898	938	913	1000	1067	1141	1132	1021	1133	1069	1089	976	
Fertigwaren	"	"	2405	2733	2362	2260	2371	2717	2669	2673	2622	2669	2930	2935	2968	2602	
davon: Vorerzeugnisse	"	"	754	824	767	706	760	901	904	812	938	954	1033	995	1045	908	
Enderzeugnisse	"	"	1651	1909	1595	1554	1611	1816	1765	1861	1684	1715	1897	1940			